

Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V. · Postfach 5031 · 24062 Kiel

Pressemitteilung

6. September 2005

Für Rückfragen:

Michael van Bürk
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Tel. 04331 - 593 - 197

Werner Geest
Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Tel. 0431 - 51 14 - 102

Wohlfahrtsverbände kritisieren Landesregierung:

Mehr Bildung und weniger Geld für Kindertagesstätten ist eine Mogelpackung

Kiel / Rendsburg. Ein grobes Missverhältnis zwischen einem erhöhten Anspruch an Betreuung und Bildung in Kindertagesstätten und der Bereitschaft diese Anforderungen zu finanzieren kritisierte am Wochenende die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (LAG). Zur Zeit wird das Kindertagesstättengesetz novelliert und fordert in Schleswig-Holstein künftig mehr Bildung in Kindertagesstätten (KiTas) und eine aufwändige Zusammenarbeit mit Grundschulen. „Mit Erstaunen haben wir in der jüngsten Landtagsdebatte zum Haushaltsstrukturgesetz die geplante langfristige Festschreibung und damit faktische Senkung der KiTa-Förderung zu Kenntnis genommen“, sagte LAG-Vorsitzender Volker Andresen. Der Vorstand der LAG mit Andresen und Landespastorin Petra Thobaben hält ein Gespräch mit Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave für dringend notwendig.

Der Hintergrund: Der Förderbetrag der Landesregierung an die Kreise und kreisfreien Städte von 60 Millionen Euro war als Zwischenlösung vorgesehen und basiert auf Zuweisungen aus den Jahren 2000 bis 2003. Die Umsetzung von Bildungsleitlinien und die pädagogische Abstimmung beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule sind jetzt neu formulierte Aufgaben, die deutlich mehr Personal und Geld erfordern. „Natürlich kennen wir die prekäre Haushaltslage des Landes“, räumte Landespastorin Petra Thobaben für den LAG-Vorstand ein, „aber hier müssen politische Prioritäten gesetzt werden. Die Bildung und die Vermittlung sozialer Kompetenz für unsere Kinder sind eine notwendige Investition in die Zukunft, die deutschen PISA-Ergebnisse sind hier ein Menetekel. Es reicht nicht, mehr Förderung in Sonntagsreden zu fordern, für die Umsetzung aber nicht gerade zu stehen,“ kritisierte Thobaben die Landesregierung. Denn auch für eine Ausweitung des Angebotes für Kinder unter drei Jahren steht insgesamt nicht mehr Geld zur Verfügung.

In der Zwickmühle zwischen mehr Anforderungen und faktisch sinkender Förderung wird es für die Träger von KiTas nur den Ausweg geben, die Elternbeiträge zu erhöhen. Schon jetzt zahlen Eltern in Schleswig-Holstein bundesweit mit die höchsten Beiträge. „Es ist ein Widerspruch, im Bundestagswahlkampf die notwendige Förderung der Familie zu betonen, tatsächlich aber bei der Kinderbetreuung abzukassieren. Dies wäre ein Schlag besonders gegen sozial schwache Familien, die sich den KiTa-Platz schon jetzt kaum noch leisten könnten“, sagte Andresen.

Empört ist die LAG zudem über die Vorgehensweise der Landesregierung: Die Festschreibung der Landesmittel von 60 Millionen Euro im Haushaltsstrukturgesetz ist ein Überraschungscoup, der selbst Insider erstaunt hat. „Hier scheint durch die Hintertür eine Mogelpackung versandfertig gemacht zu werden, die Finanzierung und Inhalt trennt: Zunächst schreibt das Haushaltsstruktur-

gesetz die Förderung fest und kürzt damit langfristig die Mittel, später formuliert das KiTa-Gesetz unerfüllbare Forderungen nach Bildung“, monierte Thobaben.

Eine weitere Fußangel: Mit dem neuen Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet sich das Land endgültig aus der anteiligen Finanzierung von Personalkosten. Statt dessen erhalten die Kreise und kreisfreien Städte mehr Gestaltungsfreiheit bei ihren finanziellen Regelungen. Diese so genannte Deregulierung stärke die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort, öffneten zugleich aber dem Wildwuchs Tür und Tor, befürchtet die LAG.

Der Kostendruck vor Ort wird direkt an die KiTas weiter gegeben. Den Trägern bleibt kaum eine andere Möglichkeit: Personal wird gekürzt, die Kinderzahlen pro Gruppe vergrößert, Zeit für Leitungsaufgaben reduziert – die Qualität der Arbeit sinkt. Letztlich haben die Träger durch die neue Kita-Finanzierung keinerlei Planungssicherheit mehr. In der Qualität der Angebote wird es zudem regionale Gefälle geben. „Dieses Szenario kann von der Landesregierung nicht gewollt sein“, erklärte Andresen und forderte: „Die Vergabekriterien für die Landesmittel müssen fair sein und dafür umfassend neu geregelt werden. Ein neues Finanzierungskonzept für alle finanziell Beteiligten muss hier Klarheit schaffen. Und: Die derzeitige Förderung durch das Land reicht nicht aus.“